



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein, Martina Fehlner, Harald Güller, Günther Knoblauch, Kathi Petersen, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Strobl SPD**

**Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 15 05 TG 91 (Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens) werden in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 die Mittel jeweils von 2.542,0 Tsd. Euro um 508,0 Tsd. Euro auf 3.050,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Ganz Bayern braucht leistungsstarke Büchereien, sachgerecht und angemessen gefördert von der öffentlichen Hand. Die Bibliotheken müssen seit Jahren mit Einsparungen arbeiten: Anfang der 90er Jahre betragen die staatlichen Fördermittel noch 5,7 Mio. Euro im Jahr. Diese drastischen Mittelkürzungen über viele Jahre hinweg führen zu einer sich bereits abzeichnenden mangelnden Grundversorgung der Bevölkerung mit Büchern und Medien. Eine Ungleichheit der Bildungschancen und der Lebensqualität im Freistaat, die im Bereich der Büchereien besonders den ländlichen Raum trifft, verstößt gegen die Bayerische Verfassung. Dabei sind die kommunalen und kirchlichen öffentlichen Büchereien in Bayern mit über 25 Mio. Besuchern pro Jahr die meistgenutzten kulturellen Einrichtungen im gesamten Freistaat. Sie zählen damit mehr Besucher als alle Museen, alle Theater und Opernhäuser zusammen.

Gerade in strukturschwachen Regionen und im ländlichen Raum stellen öffentliche Büchereien oft die einzigen kulturellen Einrichtungen neben den Schulen dar. Bayern braucht einen Investitionsplan für öffentliche Bibliotheken. Nur so sind die seit Jahren anwachsenden Modernisierungstaus im Bereich dieser einzigartigen Kultur- und Bildungseinrichtungen mittelfristig bis zum Jahr 2020 abzubauen und dringend notwendige Bau- und Sanierungsmaßnahmen zu finanzieren. Kommunale und kirchliche Büchereiträger benötigen für ihre anstehenden Vorhaben Planungssicherheit. Bildungspolitik im Freistaat muss mehr sein als Schulpolitik, Kultur mehr als Events oder sogenannte Leuchtturmprojekte für Eltern und Besserverdienende in Ballungszentren. Eine Erhöhung der Förderung um 20 Prozent pro Jahr ist dringend erforderlich.